Nr. 217 Abend-Ausgabe
B 107

Berlin

Freitag, 9. Mai 1930
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Red. (m. Ausn. d. Handelsl.): i. V. Dr. Sven v. Müller, Bln. Unv. Manuskripte werden nur zurückgeg., wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3666—3696. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Erdsturz-Katastrophe im Harz

Ein Kaliwerk ersoffen / Bahndamm im Krater versunken
Bienenburg gefährdet / Wohnhäuser geräumt / Keine Toten

Goslar, 9. Mai / Ullstein-Nachrichtendienst

Die Stadt Bienenburg ist durch eine Erdsturzkatastrophe schwer gefährdet worden.

Ein Laugeneinbruch, der sich bereits gestern vormittag auf dem Schacht I des staatlichen Kalibergwerks Bienenburg (Preußag) ereignete, hat zu der Katstrophe geführt, die in Deutschland beispiellos ist. Nach und nach ist das Kalibergwerk vollständig ersoffen. Die gesamte Belegschaft konnte sich durch den Schacht II im letzten Augenblick in Sicherheit bringen. Die Katstrophe hat keine Menschenleben gefordert.

Infolge des ersten Laugeneinbruchs senkte sich gestern nachmittag plötzlich der Boden unter dem Schuppen der Bienenburger Zuckerfabrik. Im Mauerwerk bildeten sich 30 Meter lange Risse, und schließlich stürzte das Gebäude über den nachgehenden Erdmassen zusammen. Alle Versuche, jetzt noch den Laugeneinbruch abzudämmen und das Kalikwerk zu retten, erwiesen sich als vergeblich. So wurden die Pumparbeiten sehr bald als zwecklos aufgegeben.

Wenige Stunden später nahm die Erdbewegung, die von ununterbrochenem erdbebenartigem Krachen begleitet war, einen immer größeren Umfang an. Um 15.30 trat ein Erdfall am Schlammteich der Zuckerfabrik ein, auf der vorbeiführenden Straße bildete sich ein fünf Meter langes und neun Meter breites Loch.

Dann erfolgte plötzlich, begleitet von einer gewaltigen Detonation, ein unterirdischer Wassereinbruch, der die durch den Ort Bienenburg führenden Bahnstrecken untergrub. Mit lautem Getöse verschwand der Bahndamm in einem 75 Meter breiten und 35 Meter tiefen Schlund. Die Enden der Eisenbahnschienen hängen abgerissen in der Luft. Ein Auto, das kurz nach dem Einbruch die Stelle passierte, stürzte gleichfalls in den Krater. Die fünf Insassen konnten sich vorher durch Abspringen retten.

Die Bergverwaltung hält einen Teil von Bienenburg für gefährdet und hat deshalb den Landrat um Mitternacht gebeten, die Bewohner zum Verlassen der Häuser zu bewegen.

Um 3 Uhr nachts hatte sich die Lage so verschlimmert, daß jeder Zugverkehr, auch der sofort eingerichtete Pendelverkehr, unterbrochen werden mußte. Die durchgehenden Züge Halle—Hildesheim wurden über Harzburg—Wernigerode umgeleitet, die Züge aus Richtung Berlin und Aachen über Oschersleben—Börsum.

Nicht befahrbar ist die Strecke Bienenburg—Wasserleben in Richtung Halberstadt.

Heute früh ergab sich, daß sich die Lage in Bienenburg viel eher verschlechtert als verbessert hat. Die Erdmassen sind immer noch in voller Bewegung, so daß die Chausseen in und um Bienenburg tiefe Risse im Pflaster aufweisen.

Die Direktionsgebäude des Kaliwerks werden jetzt geräumt, da man mit einer weiteren Ausdehnung des Erdrutsches rechnen muß.

In den sechs Schächten sind schlechte Gase entstanden, die ein weiteres Eindringen unmöglich machen. Aus diesem Grunde bleibt das Werk jetzt seinem Schicksal überlassen, das völlig ungewiß ist.

Etwa 400 Arbeiter sind durch die Katastrophe arbeitslos geworden.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Magdeburg gibt bekannt, daß durch die Erdsenkungen beim Kalibergwerk Bienenburg Verkehrsumleitungen notwendig geworden sind. Es empfiehlt sich für die Reisenden des gefährdeten Gebiets, vor Antritt einer Reise auf den Bahnhöfen über die Zugverbindungen Auskünfte einzuholen, da ein Ende der Störungen im regelmäßigen Zugverkehr noch nicht abzusehen ist. Der durchgehende Personenverkehr Halberstadt—Hildesheim und Halberstadt—Langesheim (Kreiensen) und Gegenrichtung wird nicht mehr über Bienenburg, sondern über Heudeber—Danstedt—Bad Harzburg—Oker—Goslar und umgekehrt geleitet.

Aenderung des Zollsystems

Erklärungen Dietrichs

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde heute der Etat des Reichswirtschaftsministeriums beraten.

Der frühere Reichsfinanzminister Abg. Dr. Köhler (Z.) stellte fest, daß die Saarverhandlungen nicht den erhofften schnellen Fortgang genommen hätten. Er ersuchte um Auskunft über den Umfang und die Wirkung der Maßnahmen zur Exportförderung, vor allem der Zinsverbilligung für Exporteure. Die Auflösung des Ministeriums für die besetzten Gebiete dürfe nicht zu einer Ueberbesetzung der übrigen Ministerien führen.

Abg. Dr. Reichert (Dnat.): Es muß der von Dr. Curtius früher aufgestellte Grundsatz durchgeführt werden, daß die Betriebe der öffentlichen Hand auf das unerläßliche Mindestmaß beschränkt werden und keinerlei steuerliche Begünstigung zum Schaden der Privatwirtschaft aufrechterhalten wird. Wenn es gelingen würde, zusammen mit den hauptsächlichsten Kostenelementen die Preise der deutschen Industrie zu senken, dann würde unsere Landwirtschaft und unser Export ganz anders dastehen als heute. Das kann aber nicht erreicht werden, wenn nicht auch die Lohnfrage angefaßt wird. Bei der Osthilfe darf nicht nur die Not der Landwirtschaft berücksichtigt werden, sondern es muß möglichst bald auch der Notlage von Gewerbe und Industrie im Osten Rechnung getragen werden.

Abg. v. Raumer (D.V.): In unserer Handelspolitik hat sich gezeigt, daß wir mit den Methoden der Vorkriegszeit nicht weiterkommen. Das orthodoxe Meistbegünstigungssystem läßt sich praktisch nur durchführen, wenn es ergänzt wird, durch Kontingentierungen in der Form von Monopolgesetzen. Unter diesen Umständen werden wir die Genfer Zollfriedens-Bestrebungen nicht mitmachen können. Festhalten sollten wir an dem System der Exportförderung, das sich gut bewährt hat.

Abg. Tarnow (Soz.) bestritt, daß die Starrheit der Lohntarife die Besserung der Wirtschaftslage hindere. Die Tariflöhne sind gar nicht starr, sondern elastischer als die Preise. Zugustimmen ist der Forderung des Arbeitsministers nach einer aktiven Reallohn-Politik. Jetzt scheint die Zeit gekommen, wo das Wirtschaftsministerium viel aktiver werden muß in der Preiskontrolle, Preisüberwachung und Preisbeeinflussung. Gerade in der jetzigen Depression zeigt sich, welchen unheilvollen Einfluß die Herrschaft der Kartelle auf die Preise übt. Während der Index der freien Preise stark gefallen ist, bleiben die von Kartellen beeinflußten Preise auf der alten Höhe.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.): Die Zollwünsche bestimmter Industrien sind häufig schlecht begründet. Die Bedenken gegen das System der Meistbegünstigung wachsen auch bei uns. Die Methode der gegenseitigen Abschließung durch hohe Zölle halten wir für bedenklich. Auf dem wichtigen Gebiet der Konjunkturpolitik der Beschaffungsbehörden ist leider bisher nichts irgendwie positiv Förderndes geschehen. Das Messewesen muß gefördert werden. Wir könnten 400 000 M für die Leipziger Messe und 200 000 Mark für die übrigen bewilligen.

Reichswirtschaftsminister Dietrich: An unserem heutigen Zollsystem werden wir vorläufig nichts ändern können, denn unser Vertrag mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika bindet uns bis 1. Oktober 1935 an das Meistbegünstigungssystem. Nach diesem Zeitpunkt aber werden wir zu einem anderen System kommen müssen. **Darum werden wir uns für die Zeit nach dem 1. Oktober 1935 freie Hand sichern müssen.** Die Exportförderung geht in der Richtung der überseeischen Länder, die Exportgarantie mehr nach der Richtung der Oststaaten. Wir werden mit den Randstaaten Rußlands und den Nachfolgestaaten Oesterreichs in engere Wirtschaftsbeziehungen kommen müssen, besonders mit Polen und Rumänien.

Auf dem Wege des Monsmonopols können wir die Wirtschaftsbeziehungen zu den Donaustaaten verbessern, ohne mit irgendjemand in Konflikt zu kommen. Der Vertrag mit Oesterreich ist nur ein Teilausschnitt davon. Gewisse Sorgen macht uns noch der Vertrag mit Finnland.

Die Reallohn-Politik wird ganz von selbst gefördert werden durch die Wirkung, die der Zusammenbruch der Rohstoffpreise naturgemäß auf die übrigen Preise haben muß. **Das abfällige Urteil über die Subventionspolitik unterschreibe ich. Diese**

Asien in Aufruhr

Blutige Kämpfe in Indien

London, 9. Mai / Ullstein-Nachrichtendienst

Ueber die folgenschweren Zusammenstöße zwischen Polizei und Indern in Sholapur sind Einzelheiten jetzt eingetroffen. Darnach sind die Unruhen ausgebrochen, als die Polizei gegen das Abschlagen von Palmenbäumen einschlagen wollte. Die Menge, die daran beteiligt war, zerstreute sich und begann dann einen Ueberfall nach dem anderen auf isolierte Polizeiwachen. **In einem Fall wurden die Polizeibeamten ermordet, ihre Leichen mit Benzin übergossen und in Brand gesteckt. Die Kämpfe mit der Polizei wurden bis spät gestern abend fortgesetzt. Sämtliche Frauen und Kinder sind gestern mit einem Sonderzug nach Puna abgereist.**

Die in London veröffentlichte Nachricht, daß Gandhi aus dem Gefängnis von Yerawada nach dem Militärsanatorium von Purandah gebracht sein sollte, wird offiziell dementiert. Der allindische Moslemklub hat in einer gestern abgehaltenen Sitzung die Regierung aufgefordert, das Datum und die Namen der Teilnehmer an der vorgeschlagenen gemeinsamen Konferenz bekanntzugeben, um die Befürchtungen der gemäßigten Parteien in Indien zu beschwichtigen und das Vertrauen wiederherzustellen. In Sewri bei Bombay brach gestern ein Feuer in einem Baumwollspeicher aus, der für 15 000 Pfund Schaden verursachte. Vor längerer Zeit ist in demselben Speicher ebenfalls ein Brand ausgebrochen, dessen Ursache nicht festgestellt werden konnte.

Und in China

London, 9. Mai / Ullstein-Nachrichtendienst

An der Lunghai-Eisenbahn sind gestern schwere Kämpfe zwischen Truppen der Nanking-Regierung und den Nordtruppen ausgebrochen. Die Verluste der Nanking-Armee sollen an Toten und Verwundeten über 7000 betragen, so daß die Besetzung zweier Städte teuer genug erkauft ist.

Der indochinesische Aufstand

Paris, 9. Mai / Ullstein-Nachrichtendienst

Nach einem amtlichen Telegramm aus Hanoi ist es in der Gegend von Vinh zu einem neuen schweren Zusammenstoß zwischen der Polizei und aufständischen Eingeborenen gekommen. Nachdem ein ernster Angriff der Aufständischen auf die Stadt Vinh selbst unter blutigen Verlusten abgeschlagen worden war, rückte die Polizei gegen zwei Dörfer nordwestlich der Stadt vor, wo sich die Aufständischen verschanzt hatten. Vergeblich versuchten die Behörden durch gütliche Verhandlungen die Ordnung wieder herzustellen. Schließlich sah man sich doch genötigt, von der Waffe Gebrauch zu machen. Nach den üblichen Warnungen ließ der Polizeikommandant zunächst eine Salve in die Luft abgeben. Mehr bedurfte es nicht, um die Aufständischen zu energischer Aktion zu veranlassen. **Es kam zu einem blutigen Gefecht, in dessen Verlauf,** wie die Havas-Agentur meldet, **vier Polizisten verletzt, 20 Aufständische getötet, weitere 20 verwundet und zahlreiche Gefangene gemacht wurden. Der Rest der Aufständischen konnte sich durch die Flucht retten.**

Diese neue Hiobsbotschaft hat natürlich den Protesten der Presse gegen den Kolonialminister Pietri neue Nahrung gegeben. Mit verdoppelter Schärfe verlangen heute die radikale „République" wie die patriotische „Ordre", daß Pietri sich endlich von seiner Wahlkampagne auf der Insel Corsica loszreiße und zu den Geschäften seines Ministeriums nach Paris zurückkehre.